

24. IV. 1917

180

Teuerungszulagen für die Staatsbeamten, Staatsdiener und Arbeiter. Die ständig steigende Not in den Kreisen der Staatsangestellten hat die Regierung veranlaßt, einer neuerlichen Erhöhung der Teuerungszulagen näher zu treten. Montag den 21. d. Jhd. lud der Finanzminister v. Spizmuller die Vertreter der verschiedenen parlamentarischen Parteien zu einer Befprechung über diese Angelegenheit ein und brachte den erschienenen Abgeordneten, unter denen sich die Genossen Goldschl., Müller und Tomischek befanden, die dem Ministerrat vorzuschlagenden Anträge des Finanzministeriums zur Kenntnis. Für die Zeit vom 1. Juni bis 31. Dezember 1917 ist die Erhöhung der bisherigen Teuerungszulage um 50 bis 100 Prozent geplant, und zwar sollen die Beträge in zwei, Anfang Juni und am 1. Oktober fälligen Raten zur Auszahlung gelangen. Der Gesamtaufwand der Teuerungszulagen für Zivilstaatsbedienstete und Staatsseisenbahnbedienstete betrug bisher 122 Millionen Kronen. Die geplante Erhöhung dürfte 50 Millionen Kronen betragen, so daß eine Gesamtsumme von 170 Millionen in Betracht kommt. Diesmal sollen allen Staatsbeamten ohne Unterschied der Kategorie gleich hohe Zusätze gewährt werden. Eine Abstufung wird nur noch dem Familienstand erfolgen. Es entwickelte sich eine zweieinhalbstündige Debatte, in der die verschiedenen Parteien Änderungsvorschläge zur Sprache brachten. Von einer Veröffentlichung der einzelnen Anträge wurde bis zur definitiven Beschlusssfassung durch den Ministerrat abgesehen.